

## Newsletter - Baltische Staaten

### **Der 9. Mai 2005 und die baltisch-russischen Beziehungen**

#### **Wer fährt wohin? Wer sagt was?**

Am 7. März traten die Staatspräsidenten Litauens und Estlands, Valdas Adamkus und Arnold Rüütel in Vilnius und Tallin zur gleichen Zeit vor die Presse. Sie verkündeten, dass sie die Einladung des russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Moskau zu den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 9. Mai ablehnen. Damit wurde eine gemeinsame Position der baltischen Staaten unmöglich, hatte doch zuvor schon die lettische Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga ihr Kommen in Moskau zugesagt.

Die Reaktionen fielen unabhängig von der jeweiligen Entscheidung in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus.

#### **Zustimmung zu Vike-Freibergas Fahrt nach Moskau in Lettland**

Die lettische Staatspräsidentin respektiert die Entscheidung ihrer Kollegen aus Litauen und Estland, nicht nach Moskau zu fahren. Sie betonte, dass die drei baltischen Republiken trotz ihrer unterschiedlichen Entscheidungen gemeinsamen Auffassungen über die historischen Ereignisse hätten.

Einige baltische Politiker und Diplomaten haben jedoch eine gemeinsame baltische Botschaft in Frage gestellt. Die meisten Politiker in Lettland sind aber davon überzeugt, dass die Entscheidung der Präsidentin richtig sei und verweisen dabei vor allem auf die große Unterstützung, die Vike-Freiberga im Westen erhalten habe.

Die lettische Politologin Zaneta Ozolina vertritt die Meinung, dass Estland und Lettland mit ihrer Entscheidung eine gute Möglichkeit versäumt hätten, sich der von Lettland bereits begonnenen Erklärungskampagne über die Geschichte anzuschließen.

Ähnlich äußert sich der Direktor des außenpolitischen Instituts Lettlands, Atis Lejins. Wer siegen möchte, müsse zum Angriff übergehen. Estland und Litauen hätten darauf verzichtet. Für die Entscheidung gegen eine Fahrt nach Moskau führt Lejins vor allem innenpolitische Gründe an. Die Opposition gegen eine Fahrt sei in den baltischen Nachbarstaaten weitaus stärker gewesen als in Lettland. Gleichzeitig betont Lejins, dass eine einseitige Haltung sich nicht immer negativ auswirken müsse. So habe Estland seinerzeit behauptet, dass es als erstes der EU beitreten werde, was letztlich auch Litauen und Lettland geholfen habe. Ähnlich könne es sich jetzt mit der lettischen Position verhalten.

Ojars Kalnins, Direktor des Lettland-Instituts, zeigt sich enttäuscht über die Entscheidung der Präsidenten Litauens und Estlands. Anstatt der von der lettischen Präsidentin angekündigten Erklärung zur Geschichte mehr Nachdruck in Moskau zu verleihen, müssten litauische und estnische Diplomaten nun im Westen ihre Entscheidung erklären. Es gebe zwar viele gemeinsame Interessen unter den baltischen Staaten aber der Wunsch nach Einigkeit sei häufig durch unterschiedliche Prioritäten in der Realität nicht umzusetzen.

## **Rüütel bleibt bei den Esten – entgegen den Empfehlungen führender Politiker**

„Das estnische Volk senkt sein Haupt zusammen mit den Bewohnern anderer Staaten zum Gedenken an Millionen von Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges im tragischen Kampf mit dem faschistischen Regime umgekommen sind“, verlas Rüütel am 7. März seine Erklärung zur Absage vor Journalisten. „Leider konnte Estland auch nach dem Zweiten Weltkrieg seine Zukunft nicht frei wählen. Das Schicksal unseres Volkes blieb noch lange von der Abmachung, die zwischen der von Stalin geleiteten Sowjetunion und dem faschistischen Deutschland am 23. August 1939 geschlossen wurde, bestimmt“, so der Präsident weiter.

Er begründete nicht, warum er die Meinungen der meisten Parlamentsparteien und Spitzenpolitiker des Landes ignoriert hatte. Diese hatten argumentiert, dass die Fahrt nach Moskau im nationalen Interesse Estland gewesen wäre und Missverständnisse in EU und NATO vermieden hätte. So hatten sich etwa die Präsidentin des estnischen Parlaments, Ene Ergma (Res Publica) und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Marko Mihkelson (Res Publica) geäußert. Unterstützung erfährt Rüütel von Villu Reiljan, dem Vorsitzenden der Rahvaliid (Volksunion), deren Ehrenvorsitzender der Staatspräsident ist. Reiljan sagte, er könne die Entscheidung Rüütels verstehen, weil der Präsident in höheren Kategorien denke als die Tagespolitiker. Von den Parlamentsparteien hatte nur die Isamaaliit dem Präsidenten empfohlen zu Hause zu bleiben. Entsprechend positiv fielen ihre Reaktionen aus: „Das estnische Volk würde nicht begreifen, warum der Präsident an den Feierlichkeiten am 9. Mai in Moskau in einer Situation teilnehmen würde, wo die für Estland wichtigen Fragen, wie die Anerkennung der Okkupation und die Rückgabe der Kulturschätze an Estland noch nicht gelöst sind,“ so der stellvertretende Vorsitzende Andres Henkel. Auch der Vorsitzende der Isamaaliit, der Europaabgeordnete Tunne Kelam, begrüßte die Entscheidung Rüütels. Seinen Worten nach verhalte Estland sich als ein

unabhängiger und würdiger Staat, der es wagt über seine Geschichte laut und deutlich zu sprechen.

### **Breite Diskussion in Litauen**

Vor zehn Jahren löste die Entscheidung des damaligen Staatspräsidenten Brazauskas, sich zum selben Anlass wie heute nicht nach Moskau zu begeben, keine Diskussion aus. Der Entscheidung des heutigen Staatspräsidenten Valdas Adamkus ging hingegen eine breite Diskussion voraus. Die Einladung aus Moskau bekam der Staatspräsident schließlich schon 2004. Er zögerte aber mit der Antwort, was ihm von der einen Seite als Schwäche und Unentschlossenheit vorgehalten wurde, was die andere wiederum als vernünftig und sinnvoll empfand. Und tatsächlich wurde von verschiedensten Seiten Stellung zu der Frage bezogen ob Adamkus nach Moskau fahren sollte.

Die oppositionelle Vaterlandsunion, die Liberalen und die Zentrumsunion, litauische Historiker, die Exillitauer und die Organisationen für den Freiheitskampf waren der Auffassung, der Staatspräsident solle am 9. Mai in Moskau nicht anwesend sein, weil das Kriegsende für Litauen keine Feier, sondern eine 50 jährige Okkupation bedeute. Auch der Parlamentspräsident Arturas Paulauskas vertrat eine harte Position: „Solange hochrangige russische Politiker öffentlich und eindeutig die sowjetische Okkupation dementieren, darf ein Besuch in Moskau nicht in Frage kommen.“

Allerdings ermahnten einige Politiker, so etwa der Vorsitzende der parlamentarischen Ausschüsse für NATO und auswärtige Angelegenheiten, Wirtschaftsminister Uspaskich, Geschäftsleute und ein großer Teil der Bevölkerung den Staatschef die Einladung des russischen Staatspräsidenten anzunehmen, die Opfer des Zweiten Weltkriegs zu ehren und die Beziehungen mit Russland nicht zu verderben.

Die Diskussionen zu diesem Thema hörten auch nach der Entscheidung des Staatspräsidenten nicht auf. Einige Kommentatoren sehen schon negative

Konsequenzen voraus, die die Ablehnung der Einladung des russischen Präsidenten haben wird. Viele loben hingegen den litauischen Präsidenten, dass er nicht nur dem Druck der Russen, sondern auch dem Druck des Westens widerstanden hat.

### **Russische Reaktionen**

Die Versuche der estnischen und litauischen Diplomatie, eine Umadressierung der Einladung auf die Außenminister zu erreichen wurden derweil von russischer Seite zurückgewiesen. Ein geplanter Besuch des russischen Außenministers Sergei Lavrov in Estland werde aber durch die Absage Rütels nicht beeinflusst. In der russischen Presse dagegen wurden die Absagen aus Estland und Litauen als „baltischer Boykott“ bezeichnet und die beiden Staaten daran erinnert, dass die baltischen Staaten die Unabhängigkeit im Jahre 1991 dank der russischen Demokratie erworben hätten. Der Vorsitzende des Russischen Föderationsrates Sergei Mironov nannte die Entscheidung der Präsidenten einen „historischen Fehler“. Er ließ über die Presseagentur RIA Novosti verlauten, dass die zukünftigen Generationen in Estland und Litauen dies als kurzfristig beurteilen und ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen würden.

### **Auch für Deutschland ein sensibeles Thema**

Mit Gerhard Schröder wird zum ersten Mal ein Bundeskanzler an den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Moskau teilnehmen. Zwischen den außenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD wird daher auch in Deutschland die Debatte geführt, wer wohin fährt und wer was sagt. Die Frage etwa, ob der Bundeskanzler an einer Militärparade zu Gunsten der Roten Armee teilnehmen solle, wird wohl erst mit der Übersendung eines offiziellen Programms aus Moskau in den Mittelpunkt

rücken. Derweil dreht sich die Diskussion vor allem darum, was der Bundeskanzler sagen oder was er besser nicht sagen sollte.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedbert Pflüger, vertritt eine klare Position: Schröder solle sein gutes Verhältnis zum russischen Präsidenten auch nutzen, um der historischen Wahrheit Gehör zu verschaffen, weil eine Versöhnung zwischen den baltischen Staaten und Russland nur auf einer solchen Basis möglich sei.

Gernot Eler, seit kurzem „Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit“, SPD-Außenpolitiker und in Sachen Osteuropa ein Kanzler-Vertrauter, nennt die Besetzung der baltischen Staaten durch die UdSSR „einen tragischen Aspekt im Gesamtzusammenhang der Geschichte des Zweiten Weltkrieges“. Anders als Pflüger hält Eler es nicht für angemessen, wenn ausgerechnet ein deutscher Bundeskanzler die Frage der Okkupation der baltischen Staaten bei seinem Besuch in Moskau hervorheben würde.

Pflüger hält dem das Geschichtsverständnis der baltischen Staaten entgegen: Der 9. Mai stehe im Baltikum eben nicht für das Ende der nationalsozialistischen Diktatur, sondern vielmehr für die fortgesetzte Okkupation durch die totalitäre Sowjetunion.

### **Der 9. Mai – Chance für bessere Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten?**

Der 9. Mai könnte also in der Tat eine Chance für die baltisch-russischen Beziehungen sein. Dazu allerdings müsste die russische Seite über ihren Schatten springen und sich ihrer historischen Verantwortung für die Besetzung der baltischen Länder stellen. Verbesserte Beziehungen in der Zukunft werden nur möglich sein, wenn sich die baltischen Staaten und Russland über ihre Geschichte versöhnen. Ein deutscher Beitrag kann hierbei nicht darin bestehen das Thema der Okkupation der baltischen Staaten zu verschweigen. Es ist

vielmehr die Pflicht gerade deutscher Politiker daran zu erinnern, weil Deutschland als Folge des Hitler-Stalin-Pakts einen großen Teil der Verantwortung für das Schicksal der baltischen Staaten trägt.